

Kantonsrat
Parlamentsdienste

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

**Antrag Mathias Stricker (SP, Bettlach)
vom 8. Mai 2023 2023**

Geschäft RG 043/2023: Pensionskassen für Geistliche; Verzicht auf Ausrichtung von Staatsbeiträgen

§ 12^{bis} (neu) des Gesetzes über die Änderung des Gesetzes vom 29. März 1925 über die Beteiligung des Staates an der Roth-Stiftung des Kantons Solothurn und des Gesetzes vom 29. August 1909 über die Kantonsschule, die landwirtschaftliche Winterschule und die Fortbildungsschulen vom 31. März 19461) (Beschlussesentwurf 1, Ziff. II., 2.) soll lauten:

Übergangsbestimmung zur Änderung vom.....

1 Die Beiträge gemäss § 12 Absatz 1 Buchstabe b werden nach Inkrafttreten der Änderung vom ... noch für die Dauer von **fünf** Jahren weiter ausgerichtet.

Begründung

Nach den Anpassungen im Finanzausgleich und des Steuertarifs aufgrund des Gegenvorschlages zur Volksinitiative «Jetzt si mir draa» fallen den Kirchen mit dem Verzicht auf die Ausrichtung dieser Staatsbeiträge kurzfristig weitere Einnahmen weg. Fehlen diese Einnahmen müssen die Leistungen, welche die Kirchen insbesondere im sozialen Bereich erbringen, weiter reduziert werden. Dass diese Leistungen den Staat auch finanziell entlasten, ist in mehreren Studien*) beschrieben. Fazit ist fast immer, dass jeder in die Kirche investierte Franken durch die Kirchen verdoppelt wird.

Der Verzicht auf die Ausrichtung dieser Staatsbeiträge hat eine deutliche Verschlechterung der Attraktivität des Standorts Solothurn zur Folge. Obwohl beispielsweise die Reformierten zur Landeskirche Bern-Jura-Solothurn gehören, sind die Löhne in den 8 Kirchgemeinden der Bezirkssynode (oberer Kantonsteil) niedriger. Dies wurde bisher durch die tieferen Pensionskassenbeiträge kompensiert. Der Standortnachteil im Kanton Solothurn wird sich akzentuieren und es wird noch schwieriger, in Zeiten des Pfarrmangels geeignete Pfarrpersonen zu finden.

Um insbesondere soziale Projekte der Landeskirchen nicht kurzfristig zu gefährden und um die Planungssicherheit zu gewährleisten, ist die Übergangsfrist auf zwei zusätzliche Jahre zu verlängern. Damit wird auch dem Fachkräftemangel begegnet. Der Kanton Solothurn kann durch engagiertes, qualifiziertes Pfarrpersonal finanziell profitieren.

*) FHNW, «Die sozialen Leistungen der Landeskirchen des Kantons Basel-Landschaft», 2010

Bericht zuhanden des Schweizerischen Nationalfonds, «Dienstleistungen, Nutzen und Finanzierung von Religionsgemeinschaften in der Schweiz» (Projekt FAKIR), 2010

Ecoplan, «Zukunft der Kirchenfinanzen», 2022